



Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

Anzeigenpreise im Innenteil: Umfang ganze Seite 360 (Kleinere als viertel, Anzeigen sind im III. Teil nicht zu-
viergepaltene Petitionen. Mitgliederpreis: Die Zeile 0.25 M., 1/2 S. 10.— M., 1/4 S. 39.— M., 1/8 S. 20.— M. Nichtmit-
gliederpreis: Die Zeile 0.50 M., 1/2 S. 140.— M., 1/4 S. 78.— M.
1/8 S. 40.— M. — **Illustrierter Teil:** Mitglieder: 1. S. durchgehend) 25.— M. Aufschlag. Rabatt wird nicht gewährt.
(nur ungeteilt) 140.— M. Abgabe Seiten: 1/2 S. 120.— M., 1/4 S. 65.— M., 1/8 S. 35.— M. Nichtmitgl. 1. S. (nur unget.) 280.— M.
Abgabe S.: 1/2 S. 240.— M., 1/4 S. 130.— M., 1/8 S. 70.— M. — Einzelsatz jederzeit vorbest. — Beiderseit. Erf. — Ort: Leipzig.
Bank: ADCA, Leipzig — Postsch.-Kto.: 13463 — Fernspr.: Sammel-Nr. 70856 — Tel.-Adr.: Buchbörse

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 150 (N. 79).

Leipzig, Donnerstag den 1. Juli 1926.

93. Jahrgang.

Redaktioneller Teil.

Entscheidungen höherer Gerichte.

Berichtet und besprochen von Dr. Alexander Elster.

(Zuletzt im Bbl. Nr. 79.)

Zum Rundfunk-Urheberrecht.

Die Klage Gerhart Hauptmanns und Hugo von Hofmannsthal's gegen die Rundfunkgesellschaften ist nun bis ans Reichsgericht gegangen und dort durch Urteil vom 12. Mai 1926 (I 422/25) entschieden worden. Den Dichtern wurde rechtgegeben, und die Sendegesellschaften wurden zu Unterlassung und Schadenersatz verurteilt. Damit bestätigte das Reichsgericht die Rechtsauffassung der Vorinstanzen (Berliner Landgericht I und III, Kammergericht und Dresdner Oberlandesgericht) und hat sich in der Begründung des Urteils der Ansicht angeschlossen, daß es sich beim Rundfunk um eine gewerbsmäßige Verbreitung handelt, die nach § 11 UrhGef. dem Berechtigten des Urheberrechts vorbehalten ist. Die Vortragstheorie hat das Reichsgericht (wie die Vorinstanzen) abgelehnt; mit der Ansicht, daß es sich um »Vortrag« handelt, der ja in weitem Maße auch dem Nichtberechtigten erlaubt ist, hätte den Rundfunkgesellschaften und nicht den Dichtern rechtgegeben werden müssen, und das schien dem Reichsgericht falsch, weil man »nach Maßgabe des Urheberrechtsgesetzes« davon ausgehen müsse, daß (wie auch aus der Begründung des Gesetzes hervorgehe) unter Vortrag eine engbegrenzte Wiedergabe gemeint sei, die überdies als Ausnahmeerlaubnis eng auszulegen sei. Dagegen meint das Reichsgericht, das Urheberrechtsgesetz hätte seinem Inhalte nach den Rundfunk mit in die dem Verfasser vorbehaltenen Rechte aufgenommen, wenn es ihn gekannt hätte. Die Auslegung des Gesetzes müsse also — ein sehr richtiger Gedanke! — in seinen wesentlichen und grundsätzlichen Bestimmungen mit der Entwicklung der Technik mitgehen. Es sei also »mindestens« der Tatbestand einer gewerbsmäßigen Verbreitung anzunehmen, da es sich nach dem Sinn des Gesetzes um Verbreitung des Geisteserzeugnisses, nicht des Exemplars handelt. Die wissenschaftliche Streitfrage zwischen der »Verbreitungs« und der »Vervielfältigungs«theorie (nämlich daß es eine urheberrechtlich unerlaubte Verbreitung nur bei unerlaubter Vervielfältigung geben könne) hat das Reichsgericht nicht gelöst, was ich für einen Mangel ansehe; es hat sich aber auch nicht unbedingt für die Verbreitungs- und gegen die Vervielfältigungstheorie ausgesprochen, läßt vielmehr die Frage offen, indem es sagt: »Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht auch gar der Begriff der Vervielfältigung als erfüllt angesehen werden müßte«. Die Sache selbst ist jedenfalls im Sinne des Schutzes gegen ungenehmigte Rundfunksendung entschieden.

Buch- und Zeitungstitel als Warenzeichen eintragbar?

Die Gründe, mit denen die Beschwerde-Abteilung I des Reichspatentamts ihren Beschluß vom 21. Dezember 1925 über die Nichteintragungsfähigkeit von Bücher- und Zeitungstiteln als Warenzeichen stützt, sind sehr beachtenswert und seien hier im folgenden (nach Markenschutz und Wettbewerb 1926, S. 187) auszugsweise wiedergegeben:

»Das Warenzeichen wird an der fertigen Ware als zusätzliches Merkmal angebracht zu dem Zweck, dadurch die Waren als einem bestimmten Geschäftsbetrieb entstammend zu kennzeichnen. Der

Titel bei allen mit einem solchen versehenen Schriftwerken bildet dagegen einen wesentlichen Teil von diesen, die durch ihn zum vollendeten Ganzen werden, und seine wesentlichste Bestimmung ist, dem Verkehr einen Namen zu bieten, mit dem er das Schriftwerk kurz bezeichnen und von anderen unterscheiden kann; er dient aber nicht dazu, auf die Herkunft des Schriftwerks aus einem bestimmten Verlage hinzuweisen.

In besonderer Schärfe tritt dieser Unterschied bei Büchern hervor. Ihr Titel ist in der Regel ein vom Verfasser, nicht vom Verleger gewählter Name, ein wesentlicher Teil des Buches, ein Symbol für seinen literarischen Inhalt, der ihm auch dann erhalten bleibt, wenn eine Neuauflage durch einen anderen Verleger herausgegeben wird oder nach Ablauf der Urheberschutzfrist ein Nachdruck erscheint. Auch ist es bei Büchern nichts Ungewöhnliches, daß in ihnen neben dem Titel ein auf den Verleger hinweisendes Warenzeichen, meist ein Bildzeichen angebracht wird. Der Unterschied zwischen dem Titel und dem Verlegerzeichen ist dem Verkehr auch bekannt. Bei Zeitschriften, auch Kalendern, hat der Titel die gleiche Bedeutung, er bildet auch bei ihnen nur den Namen und wird nicht als Kennzeichen des Verlegers aufgefaßt. Zwar wird der Zeitschriftentitel in der Regel vom Verleger bestimmt, dies ändert aber nichts an seiner rechtlichen Natur, für die maßgebend ist, welche Bedeutung ihm die Verkehrsauffassung beilegt. Auch bei Büchern, wie z. B. Sammelwerken, Festgaben, Liederbüchern, wird zuweilen der Titel vom Verleger gewählt, und gleichwohl bleibt er Name und wird nicht zum Warenzeichen.

... Auch eine an sich zur Bezeichnung der Herkunft geeignete Benennung verliert für den Verkehr, sobald sie als Titel verwendet wird, die Fähigkeit, als Warenzeichen zu wirken; die Möglichkeit besteht zwar, auch bei Zeitschriften an sich zu Titeln geeignete Worte als Warenzeichen zu benutzen. Hierzu wäre aber erforderlich, daß schon durch die Gestaltung des Zeichens und auch durch seine Anbringung an einem anderen Platz als dem Zeitungskopf der Verkehr zu der Auffassung gebracht wird, das Zeichen solle nicht als Titel den Namen der Zeitung bilden, sondern als Warenzeichen auf den herausgebenden Verlag hinweisen.

... Ebenso wenig kann zugegeben werden, daß der Titel kein wesentlicher Bestandteil der Zeitschrift sei. ... Auch ist unerheblich, ob der Titel phantasievoll gebildet ist oder eine eigenartige figürliche Ausgestaltung aufweist. Ausschließlich aus bildlichen Teilen kann zwar der Titel nicht bestehen, denn da er dem Verkehr zur Benennung des Schriftwerks zu dienen bestimmt ist, muß er zum mindesten ein aussprechbares Wort oder einen Buchstaben enthalten. Daß dieses Wort aber in eigenartigem Druck wiedergegeben oder von figürlichem Beiwerk umgeben ist, ändert nichts an der Beurteilung seiner Eintragbarkeit.

... Daß zahlreiche als Zeitungstitel anzusprechende Wörter in der Warenzeichenrolle eingetragen stehen, ist zuzugeben. Es erklärt sich daraus, daß die Praxis des Reichspatentamts in früherer Zeit geschwankt hat, auch die Eignung des angemeldeten Zeichens, als Titel zu dienen, häufig nicht erkannt worden ist. So oft in neuerer Zeit die Frage der Eintragbarkeit eines solchen Zeitungstitels als Warenzeichen zur Entscheidung des Reichspatentamts gekommen ist, ist sie ständig von ihm verneint worden.